



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Schluss mit den zahllosen Asyl-Attentaten: Konsequente Remigration in Bayern – Planung und Umsetzung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. konsequente Massenabschiebungen nach Afghanistan und Syrien mit durch den Freistaat gemieteten Flugzeugen durchzuführen,
2. eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Asylpraxis seit 2015 zu erheben,
3. den Aufbau eines großen Bayerischen Zentrums für Remigration mit ausreichend Abschiebehaftplätzen für alle Ausreisepflichtigen zu realisieren.

Begründung:

Erneut wurde Bayern von einem Angriff eines afghanischen Staatsbürgers getroffen, der nach Recht und Gesetz niemals in unser Land hätte kommen dürfen und längst hätte abgeschoben werden müssen. Der mutmaßliche Täter, ein abgelehnter Asylbewerber, war laut Staatsminister des Inneren, für Sport und Integration Joachim Herrmann seit Herbst 2020 ausreisepflichtig – besaß aber eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis der Stadt München. Er war 2016 als unbegleiteter Minderjähriger illegal nach Deutschland gekommen und befand sich zunächst in einer Jugendhilfeeinrichtung. Der Täter fuhr mit seinem Fahrzeug in eine Kundgebung der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und tötete zwei Menschen, ein Kind und seine Mutter und verletzte mindestens 37 Demonstranten, viele davon schwer.

Auf den sozialen Medien folgte der Täter islamistischen Predigern und auch sein islamisches Glaubensbekenntnis während seiner Festnahme bestätigen den Verdacht, dass es sich um ein islamistisches Attentat handelt.

Der Freistaat muss endlich handeln. Die wiederkehrenden Angriffe erfordern konsequente Maßnahmen, um dem Terror ein Ende zu setzen. Bundes- und EU-Regelungen stehen einer konsequenten Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten häufig im Weg, da langwierige Verfahren und bürokratische Hindernisse eine effektive Abschiebung verhindern. Dabei erwarten die Bürger zu Recht, dass jede illegale Einreise an der Grenze unterbunden und bereits illegal eingereiste Asylbewerber sofort abgeschoben werden.

Notwendig sind deshalb konsequente Massenabschiebungen in die Herkunftsländer, insbesondere nach Syrien und Afghanistan. Ein Großteil abgelehnter Asylbewerber erfüllt längst die rechtlichen Voraussetzungen hierfür, doch mangelnde Zuständigkeiten und komplizierte Strukturen verzögern die Umsetzung. Um endlich eine effektive Rück-

führungspraxis zu schaffen, soll ein Bayerisches Zentrum für Remigration (BZR) entstehen. Dieses Zentrum umfasst ein großes Abschiebegewahrsam, eine Koordinierungsstelle mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie eine Internationale Abteilung, die Rückführungsabkommen und Transportkapazitäten organisiert. Durch Forschungskollaborationen sollen zudem optimale Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen und Umsetzung der Remigration identifiziert werden.

Darüber hinaus ist eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht unverzichtbar, um die momentane grundgesetzwidrige Asylpraxis zu beenden und rechtlich verbindliche Maßstäbe für Bund und Länder zu schaffen. So können klare Verantwortlichkeiten und ein wirksamer Schutz unserer Bürger durchgesetzt werden. Nur so lässt sich eine glaubwürdige Remigrationspolitik etablieren, die Ordnung und Verantwortung gewährleistet.